

„Genickschlag für den Mittelstand“ – Wie Habecks Handels-Pläne die Wirtschaft bedrohen

Welt, 04.10.2022, Dorothea Siems

https://www.welt.de/wirtschaft/plus247787848/Habeck-Merkel-Schulze-Wie-Deutschlands-Klima-Moral-die-Wirtschaft-abwuergt.html?sc_src=email_4939466&sc_lid=500983833&sc_uid=6wM2XuDJCM&sc_lid=2293&sc_cid=4939466&cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft&sc_eh=6aebdc2892a6c0c21

Robert Habeck will Deutschlands Exportgeschäft stärker am Klimaschutz ausrichten. Diese „wertegeleitete Außenwirtschaftspolitik“, die noch durch zwei weitere Regelwerke verschärft wird, stößt in der Wirtschaft auf heftige Kritik. Schon ist von einem „Genickschlag“ die Rede.

Die Bundesregierung nimmt die Unternehmen immer härter an die Kandare, um im Ausland Klimapolitik, Feminismus und soziale Standards durchzusetzen. Die exportabhängige deutsche Wirtschaft sieht sich dadurch im Wettbewerb stark behindert. Doch vor allem die Grünen propagieren eine „wertegeleitete Außenwirtschaftspolitik“.

Hebel zu ihrer Durchsetzung sind neben dem Lieferkettengesetz und dem Umbau der Entwicklungshilfe vor allem die von Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) vorgesehene Neuregelung der Hermesbürgschaften für Exporte und Auslandsinvestitionen.

„Habecks Plan, das bewährte Instrument der Hermesbürgschaften nach fragwürdigen ökologischen Leitlinien auszurichten und für viele Produkte zu beschränken, reiht sich ein in das Streben der Grünen, die Wirtschaft zu schrumpfen und jede Produktion und jeden Handel nur noch an moralischen Kriterien auszurichten“, sagte die Präsidentin der Familienunternehmer, Marie-Christine Ostermann, WELT. Auch aus der Industrie kommt scharfe Kritik.

Mit seiner Musterschüler-Agenda schadet Habeck dem Standort Deutschland

Die deutsche Wirtschaft fürchtet, in dem für sie so wichtigen internationalen Geschäft gegenüber der Konkurrenz aus Asien und Amerika ins Hintertreffen zu geraten. Vor allem Mittelständler ziehen sich aus etlichen Ländern bereits zurück. Damit drohen Wachstumseinbußen. Dazu wird das Ziel, die deutsche Wirtschaft angesichts wachsender weltweiter Spannungen krisenfester aufzustellen, die Abhängigkeit vom China-Geschäft zu reduzieren und den Zugang zu wichtigen Rohstoffen zu sichern, konterkariert.

Momentan sorgt vor allem die von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) angekündigte Änderung der Hermesbürgschaften in der Wirtschaft für Ärger, deren Umsetzung laut Ministerium unmittelbar bevorsteht. Für die Exportkredit- und Investitionsgarantien des Bundes gelten dann klimapolitische Sektorleitlinien. Danach gibt es die staatliche Risikoabsicherung im vollen Umfang nur noch dann, wenn die betreffenden Geschäfte den klimapolitischen Vorstellungen der Bundesregierung entsprechen.

Hermesbürgschaften werden künftig in drei Kategorien eingeteilt

Hermesbürgschaften spielen im Auslandsgeschäft eine große Rolle. Denn damit bietet der Bund den Unternehmen für Exporte und Investitionen einen günstigen Schutz vor politischen und wirtschaftlichen Risiken. Bislang konnten die Firmen ihre Geschäfte zu 95 Prozent auf diese Weise absichern lassen.

Künftig erfolgt bei den Hermesbürgschaften eine Einteilung in drei Kategorien. Projekte, die als besonders klimafreundlich gelten, sichert der Bund nun zu 98 Prozent ab. Bei Exporten und Investitionen, die weder als nützlich noch als schädlich beurteilt werden, bleibt es bei der derzeitigen Absicherung von 95 Prozent. Völlig gestrichen wird die Möglichkeit der Hermesbürgschaft bei allen Geschäften, die als klimaschädlich eingestuft werden.

In einem Brandbrief hatte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Siegfried Russwurm, kürzlich den Minister vor „nationalen Alleingängen in der Außenwirtschaftsförderung“ gewarnt. Damit verkenne die Regierung die Realität des geopolitisch zugespitzten Wettbewerbs um Einfluss, Märkte und Technologieführerschaft.

„Die Sektorleitlinien konterkarieren die Diversifizierungsbemühungen deutscher Unternehmen und überschätzen ihre Marktmacht im Ausland in eklatanter Weise“, monierte Russwurm. Der deutschen Wirtschaft drohten große Nachteile.

Der Maschinenbau, dessen Exportanteil rund 80 Prozent beträgt, geißelt Habecks Öko-Vorgaben als völlig überzogen. Die Folgen für den Klimaschutz könnten am Ende sogar negativ sein, warnt der Branchenverband VDMA. Das wäre der Fall, wenn etwa wegen der neuen Hermes-Regelung alte fossile Kraftwerke in Entwicklungs- und Schwellenländern statt mit hochentwickelten Technologien aus Deutschland künftig mit simpleren Konkurrenzprodukten aus anderen Ländern nachgerüstet würden.

Schulze verkündet „Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit“

Trotz der vehementen Kritik hält der grüne Wirtschaftsminister an der Idee fest, die Außenwirtschaftsbeziehungen nach politischen Vorstellungen neu zu ordnen. Unterstützt wird er dabei von den Sozialdemokraten, die innerhalb der Ampel-Koalition am selben Strang ziehen. So verkündete Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) am vergangenen Dienstag die „grundlegende Neuausrichtung unserer Entwicklungszusammenarbeit“.

Künftig sollten die deutschen Fördergelder vor allem dazu dienen, im Globalen Süden höhere soziale und ökologische Standards in den Unternehmen durchzusetzen und die Gleichstellung der Frauen voranzutreiben. Verstärkt will die SPD-Politikerin dabei auf Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen setzen, während die deutsche Wirtschaft in Zukunft nur noch eine Nebenrolle bekommt.

Schulze machte auf einer internationalen Konferenz in Berlin keinen Hehl aus ihrem erzieherischen Ansatz. Der Globale Süden müsse davor bewahrt werden, die Fehler der Industrieländer zu wiederholen. Es gehe weltweit um eine nachhaltige

Transformation der Wirtschaftssysteme, betonte die Entwicklungsministerin: „Und wir können nicht erwarten, dass die Partnerländer das allein schaffen.“

Die Idee, dass Deutschland seine Wirtschaftsbeziehungen dazu nutzt, politische Ziele auch im Ausland durchzusetzen, ist nicht neu. Die große Koalition unter Angela Merkel (CDU) hatte das Lieferkettengesetz durchgesetzt, das tief in die Handelsbeziehungen der hiesigen Unternehmen eingreift. Es trat allerdings erst Anfang 2023 in Kraft.

Lieferkettengesetz als großer Fortschritt?

Unternehmen ab 3000 Mitarbeitern müssen seither die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards in ihren globalen Lieferketten sicherstellen. Die Verantwortung bezieht sich nicht nur auf die eigenen Betriebsstätten, sondern auch auf die Lieferanten im Ausland. Zum Jahreswechsel wird das Lieferkettengesetz auf alle Unternehmen ab 1000 Mitarbeiter ausgeweitet.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) wertet das Lieferkettengesetz als großen Fortschritt in Richtung fairen Wettbewerb. Auch die deutschen Unternehmen könnten nicht an Lohndumping und Ausbeutung interessiert sein, sagt DGB-Chefin Jasmin Fahimi, die auch die Neuausrichtung der Entwicklungspolitik begrüßt.

Deutschlands krisengebeutelten Unternehmen macht der neue Kurs in der Außenwirtschaftspolitik allerdings bereits erheblich zu schaffen. Eine Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) unter 2400 international tätigen Unternehmen zeigt, dass das Lieferkettengesetz schon nach wenigen Monaten unerwünschte Nebenwirkungen aufweist.

Von den Unternehmen mit mehr als 3000 Beschäftigten, die damit bereits direkt vom Lieferkettengesetz betroffen sind, gaben 23 Prozent an, im Zuge der Umsetzung der neuen Vorschriften Handelsbeziehungen zu beenden oder sich sogar ganz aus Risikoländern zurückzuziehen.

Die Präsidentin der Familienunternehmer Ostermeier sieht vor allem den Mittelstand als Opfer dieser „dirigistischen Außenwirtschaftspolitik“. Die Familienunternehmen würden bereits durch das Lieferkettengesetz mit unvorstellbarer Bürokratie und unübersehbaren Haftungsrisiken geradezu stranguliert. „Über die Moralisierung der Hermesbürgschaften bekommt der exportorientierte Mittelstand den Genickschlag.“